



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Sieger, Robert: Deutschösterreich und seine Nachbarstaaten

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Deutschösterreich und seine Nachbarstaaten

Von Professor Dr. Robert Sieger



Die Vermutungen über die weiteren Ereignisse in Deutschösterreich, die ich in meinem Aufsatz in den Grenzboten Nr. 47 ausgesprochen habe (er wurde am 6. November abgeschickt), sind bisher in allem Wesentlichen bestätigt worden. Die Republik ist glatt und ohne jedes Hindernis ins Leben getreten; auch die Christlichsozialen als Partei haben sich auf ihren Boden gestellt, obwohl ein Teil von ihnen sie wohl nur für die unmittelbare Gegenwart als notwendige und nützliche Staatsform ansehen mag. Auch die Tschechen haben sich für sie entschieden und die durch Mehrheitsbeschlüsse nur zu verdeckende, nicht zu beseitigende Spaltung der Südslaven in eine republikanische, eine im Augenblick vormaltende, den Karageorgievie freundsliche und eine mehr verborgene und abwartende habsburgische Richtung muß uns davor warnen, die Frage der Staatsform nicht als für absehbare Zeit erledigt anzusehen. Das könnte nur die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und die Durchführung der unaufschiebbaren wirtschaftlichen und sozialen Maßregeln gefährden. Andrássy und Lammasch sind lang- und kluglos abgetreten und auch die staatsrechtlich unklare Form, in der Kaiser Karl zurückgetreten ist, hat zwar niemand befriedigt, aber auch niemand ernstlich beunruhigt. Mehr Begeisterung, als die Ausrufung der Republik hat die Erklärung des Anschlusses an das Deutsche Reich erweckt; auch die kühle Aufnahme, die sie bei dessen Regierung gefunden hat, vermag die Hoffnung auf ihre baldige Verwirklichung nicht wesentlich zu vermindern. Man sieht in ihr eine nationale und politische, aber auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit und erkennt, daß sie durch die republikanische Staatsform erleichtert wird. Diese Einsicht und die Erwartung, daß eine Wiederverkehr des Kaisers und seiner persönlichen Ratgeber, aber auch die Regierung eines anderen Mitgliedes der Dynastie, von denen nur wenige beliebt waren, aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Deutschland gerichtete Bestrebungen neubeleben müßte, hat viele zu Republikanern gemacht, die grundsätzlich auf monarchistischem Boden stehen. War der Völkerstaat Österreich ohne Monarchen nicht denkbar, so darf man den Deutschösterreichern wohl die politische Reife zutrauen, um sich selbst zu regieren. Die autonomistischen Bestrebungen gewinnen von Tag zu Tag mehr Boden; in Tirol und Vorarlberg wurde die Forderung nach eigener Vertretung bei der Friedensverhandlung, ja nach Anschluß an die Schweiz erhoben. Aber wie bisher alle politischen Bewegungen, scheint sich auch diese in Deutschösterreich ruhiger zu vollziehen als im Reich und das Einvernehmen zwischen der Wiener Regierung und den Landesauschüssen ist bis zur Stunde, da ich dies schreibe (28. November) ein gutes geblieben.

In der Verwaltung sind keine durchgreifenden Änderungen zu gewahren. Die Auflösung der gemeinsamen Ämter hat der deutschösterreichische Staat als Treuhänder der beteiligten Staaten unter Vorbehalt ihrer Ansprüche und Verpflichtungen und der späteren Abrechnung übernommen; über den Beamtenaustausch sind Verhandlungen im Zuge, denen freilich die Ungeduld der Slaven vielfach, auch in gewaltsamer Weise, vorgreift, die aber bei Entfaltung der nötigen Unterschiedenheit von deutscher Seite ebenso zu einem befriedigenden Ergebnis führen können, wie jene über die Teilung der Mittel und der Lasten des Gesamtstaates und über andere finanzielle Fragen, vor allem über die allen Teilstaaten gleich wichtige der Valuta. Erschwert werden sie allerdings dadurch, daß die Tschechen und Südslaven sich als Bundesgenossen der Entente und somit als mitbestimmende Sieger betrachten, und die Madjaren Lust zeigen, das gleiche zu tun. Es wird immer gefordert und unbedingtes Nachgeben erwartet. Das müßte aber nicht von Erfolg sein, wenn das nach Victor Ablers Tod von dem linkssozialistischen Otto Bauer verwaltete Auswärtige Amt es sich mehr angelegen

sein ließe, die Machtmittel Deutschösterreichs zu sammeln und zu verwerten und die Gegensätze zwischen den feindlichen Nachbarn diplomatisch auszunützen, als den Sünden der früheren Regierung nachzuspüren und (ganz im Sinne Eisners und Friedrich Wilhelm Försters) den Scheinbeweis zu erbringen, daß die Mittelmächte die Urheber und die alleinigen Verlängerer des Krieges seien. Abgesehen davon, daß dies angesichts der Brüsseler Aktenfunde und der Enthüllungen über Rußlands Verhalten 1914 ein vergebliches Bemühen bleiben muß, könnte selbst ein solcher Nachweis, wenn er zu erbringen wäre, weder die Schuld unserer Defaitisten an dem ungünstigen Ausgang des Krieges irgendwie mildern, noch auch die Stimmung der feindlichen Staatsmänner günstig beeinflussen. Dieser Nachweis und ganz ebenso ein unbegründetes Schuldbekenntnis der Deutschen in Österreich und dem Reich könnte vielmehr diese nur in ihren Vergeltungsansprüchen und ihrer Nachsicht bestärken. Das Beispiel ist bezeichnend dafür, daß die neue Regierung vielfach einem unfruchtbaren Doktrinarismus huldigt, der die Gefahr leidenschaftlicher Gegenströmungen leicht auslösen könnte und nur dank der Besonnenheit und wohl auch vielfach der Mutlosigkeit der bürgerlichen Mitglieder der Nationalversammlung bisher noch nicht ausgelöst hat. Dagegen sind die Fortschritte in der Beseitigung des Bureaokratismus bisher nicht sehr erheblich. Ein Spötter meinte kürzlich, der Amtschimmel sei nun rot aufgeäumt, aber sonst der alte. Man darf die Schwierigkeit der Aufgabe, die hier zu bewältigen ist, nicht verkennen und muß auch eingestehen, daß die Bevölkerung bei ihrer Bewältigung nur geringe Unterstützung leistet. Tatsache bleibt aber, daß die Zentralen = Mißwirtschaft (von dieser sollte S. 174 die Rede sein, was der Druckfehlerkobold verschleierte) zwar gemildert wurde, aber die Zentralen = Wirtschaft mit manchen vermeidbaren Übelständen im wesentlichen noch besteht (die zentrale Bewirtschaftung entspricht ja der sozialdemokratischen Theorie und ist zurzeit wohl noch unentbehrlich) und daß nicht nur neue unpraktische Maßregeln der Zentralen, sondern sogar Höchstpreiserhöhungen in einer Zeit erfolgt sind, in der Regierung und Bevölkerung fortwährend vom „Abbau der Preise“ reden. Was dem gemeinen Mann an den „Zentralen“ vor allem auffiel und die nationalen Politiker verstimmt, der starke Einfluß des Judentums, ist geblieben und in der neuen Regierung sind, wie im Deutschen Reiche, die Angehörigen dieser Nation unverhältnismäßig stark vertreten. Bei dem Umfang des Antisemitismus in Deutschösterreich, der in der Kriegs- und Kriegsgewinnzeit noch erheblich gewachsen ist, muß es wohl als Beweis anerkennenswerter Disziplin bezeichnet werden, daß dagegen keine Einsprache erhoben wurde. Im übrigen hat dieser Tage ein Staatssekretär mit Rücksicht auf das Bestehen eines jüdischen Nationalrates die Rechtslage der Juden und ihren Anspruch auf die Staatszugehörigkeit als offene Frage bezeichnet, die durch Verhandlungen mit diesem Nationalrat zu lösen sei — und so werden vielleicht, wenn diese Zeilen gedruckt werden, die Gefahren klarer zutage liegen, die aus der Stellung der Sozialdemokratie zum Judentum hervorgehen, vielleicht auch die Mittel, sie zu bannen. Auch die Tschechen scheinen gewillt, zu der Judenfrage, die mit der Gründung des Nationalstaates in Palästina ein neues Gesicht bekommen hat, nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Die dringlichsten Fragen des neuen Staates sind die der Nationalversammlung, die Verteidigungs-, die Ernährungs- und die Abgrenzungsfrage, von denen die drei zuletzt genannten auf das engste miteinander zusammenhängen. Nur von ihnen soll hier die Rede sein, da die Wahlordnung und Wahlkreiseinteilung für die „Konstituante“ — auch wenn man von den Problemen der künftigen Verfassung, welche die Wahlprogramme beeinflussen müssen, ganz absieht — eine selbständige eingehende Behandlung verlangen würde.

Der Druckfehler, der auf S. 177 der Grenzboten aus der „Nahrungsmittelzufuhr nach Wien“ eine „Nahrungsmittelgesetz“ gemacht hat, trifft leider nicht nur für Wien die Tatsachen, die sich aus der Verquickung des Versorgungsproblems mit der militärischen Schwäche Deutschösterreichs und den Gebietsansprüchen seiner Nachbarn ergeben. Nicht um die Nahrungssperre, sondern

auch die anderer wichtiger Bedarfsartikel, vor allem Kohle, insbesondere Gaskohle, nicht nur die Sperre der Ausfuhr, sondern auch die der Durchfuhr aus dem Deutschen Reich wird von den Tschechen als Mittel politischen Druckes auf die Wiener Regierung und auf die Verwaltungen der einzelnen deutschösterreichischen Länder verwendet. Sie droht die Industrie brachzulegen, die uns die Austauschobjekte für die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Ungarn und den Südslawen liefern muß und sie erschwert das Aushalten und bedroht dadurch die innere Ordnung. Die Gasbeleuchtung von Städten, wie etwa Graz mit mehr als 150 000 Einwohnern, ist seit einiger Zeit eingestellt, die Beleuchtung und der Straßenbahnverkehr der Millionenstadt Wien bedroht. Ungarn antwortet auf die schwächterne Forderung nach Angliederung der deutschen Komitate (Gaidebeuern und Heanzen) in Westungarn — die für Wien als Hinterland erwünscht erscheinen — mit der Drohung der Ausfuhrsperre und nötigt den Staatsrat zu einer gewundenen Erklärung vorläufigen Verzichts. Und bei den Südslawen schwindet die Neigung zur Verständigung in dem Maße, als der serbische Einfluß bei ihnen das Übergewicht erlangt. Nichteinhalten zugesagter Lieferungen, Absperrung gegen Aus- und Durchfuhr wird auch von unserer Südgrenze immer häufiger berichtet. Und wie zum Hohne schießt die Entente den Tschechen 45 Waggons Lebensmittel, denen Rohstoffe folgen sollen, durch Deutschösterreich. Der Staatssekretär erklärt auf eine Mahnung empörter Beamter, er könne das nicht hindern, da die Tschechen Bundesgenossen der Feinde seien und diesen der freie Transport im Waffenstillstand zugesagt sei. Und während die Not steigt, folgt ein Protest und eine Vorstellung den andern, ohne auch nur beantwortet zu werden. Noch hat ja die Entente und Wilson unsern Staat nicht einmal anerkannt.

Aber man wartet nicht ab, bis derlei Zwangsmittel die Wirkung erzielen, die in der Abtretung beanspruchter Gebietsteile oder in dem freiwilligen Anschluß ihrer notleidenden Bevölkerung liegen soll, man greift mit fröhlicher Gewalttat auf das deutsche Gebiet. Nicht nur Sprachinseln und Sprachgrenzorte, nein auch mitten im geschlossenen Sprachgebiet liegende Städte — selbst Warnsdorf, Aufsig u. a. — werden von Tschechenbanden, Sokoln, Truppen und entlassenen feindlichen Kriegsgefangenen überfallen, — wenn nicht behauptet, so doch geplündert oder mit Kontributionen bedacht. Auch hierin sind die Südslawen gelehrige Schüler. Bis ins geschlossene deutsche Sprachgebiet der Steiermark sind sie vorgedrungen, die deutschen Schutzwehren Kärntens haben sie auf das Nordufer der Drau zurückgedrängt und erklären nun, mit dem Landesauschusse über eine vorläufige Abgrenzung verhandeln zu wollen, wenn die Deutschen auch alles slowenische Sprachgebiet im Norden der Drau ihnen zur Besetzung überlassen. Nach südslawischer Ansicht sind aber die „germanischen“ Landesteile, die teils seit längerem deutsch geworden, teils von beiden Völkern in friedlichem Zusammenleben und zweisprachigem oder sprachmischendem Verkehr bewohnt sind („Goganesisch“ bezeichnet der Volkswitz als dritte Landessprache), slowenisches Gebiet; die extremen Forderungen erstrecken sich nicht nur auf die willkürlich als „Sprachinsel“ bezeichnete Landeshauptstadt Klagenfurt, sondern auf ganz Kärnten! Bei den Südslawen ist das Bestreben, die Deutschen durch gezeigte Verhandlungen mit Steiermark und Kärnten zu spalten und sich dadurch Zugeständnisse zu sichern, die ein Präjudiz für die Entscheidungen des Friedenskongresses bilden sollen, mit dem den Tschechen abgelernten Grundsatz verbunden, „via facti“ deutsches Gebiet an sich zu reißen, dessen Bevölkerung mit den bewährten Mitteln der krainen Gewaltpolitik für eine eventuelle Volksabstimmung „präpariert“ werden soll. So ergaben sich drei „Rechtstitel“, erprechte Zustimmung der Nachbarländer, faktischer territorialer Besitz und Anschlußbereitschaft der eingeschüchterten Bevölkerung! Die Südslawen haben übrigens ein besonderes Mittel, um deutsche Gegenwehr bei ihren Überfällen auszuschließen. Sie verwenden dazu serbische Kriegsgefangene, die nun entlassen und bewaffnet sind, oder gehen mit serbischen Abzeichen oder unter Führung serbischer Offiziere vor. Sie treten also als Truppen der Entente auf, denen der Waffenstillstand das Befehzungsrecht eingeräumt hat.

Der Widerstand der Deutschen in Böhmen und Mähren, wie in Südöster-

reich gegen solches Unrecht, das nicht selten in Widerspruch zu kaum erst oder gleichzeitig gegebenen Zusagen verübt wird, muß unter dem Mangel an militärischen Hilfsmitteln schwer leiden. Auch wenn wir davon absehen, daß der Krieg den Deutschen viel schwerere Blutverluste auferlegte, als den Tschechen — die Südslawen haben sich besser gehalten und daher ebenfalls stark gelitten — ergibt sich ein großer Unterschied daraus, daß die Truppen aller anderen Völker entweder früher sich nach Hause wandten oder aber von den Feinden in der Heimkehr weniger behindert, ja gelegentlich heimgeschickt werden. Deutsche Truppen und besonders Offiziere standen zum Teil an den fernsten Fronten, wie Bessarabien, Albanien, Frankreich; Deutsche bildeten den Kern der Tiroler Verteidigungsstellung und sind durch deren Umgehung und durch die vertragswidrigen Gefangennahmen im Eischtal in großer Zahl in die Hände der Italiener gefallen. Die Heimkehrenden konnten nach der Katastrophe am Piave, wo sie das Opfer der Zurückgehenden geworden waren, nicht wie diese in geschlossenen Verbänden marschieren und sich aus Feindes- und Freundesland versorgen. Sie wurden vielfach von ihren bisherigen Kampfgenossen, der Bevölkerung und den als Bundesgenossen der Entente auftretenden südslawischen und italienischen Behörden entwaffnet, beraubt, ja entkleidet. Dabei haben auch die Madjaren einen ebenso starken, wenig rühmlichen Anteil gehabt, wie an Raub und Plünderung auf den Rückmärschen. Kann man sich wundern, daß ein großer Teil der deutschösterreichischen Krieger, auch aus geschlossen heimkehrenden Gruppen, einfach in die Heimorte ging, nachdem sie wochenlang eine solche Auflösung gesehen hatten? Da die deutschösterreichische Staatsgewalt über Nacht ins Leben treten mußte — ihre Einrichtungen waren ja nicht, wie die der Tschechen und Slowenen, durch eine systematische geheime Zusammenarbeit einheimischer Verschwörer und der „Emigration“ vorbereitet worden — so griff sie nicht rasch genug ein, um einen erheblichen Teil der Heimkehrer beisammen zu erhalten. Es drohte den Durchzugsländern Südöstereichs, vor allem der Steiermark aber eine weit größere Gefahr als die von auseinanderlaufenden, zuchtlosen und verwilderten Kriegern, die vielfach Waffen, Ausrüstung und Pferde verkauften, vielfach auch Neigung zum Räuberleben zeigten, nämlich der Durchmarsch von Hunderttausenden bewaffneter, räuberisch oder feindselig gesinnter Madjaren, Tschechen und Südslawen. Wo diese nicht aufgelöst, sondern geschlossen in Eisenbahntransporten und Marschverbänden kamen, waren sie fast eine größere Bedrohung, welche die Städte vor allem betraf, als die über das flache Land zerstreuten Marodeure. Daß wir dieser Gefahr Herr wurden, mit gelegentlichen Plünderereien und Schießereien auf den Bahnen und in der Nähe der Bahnhöfe wegtamen, danken wir der Entschlossenheit, mit welcher aus Studenten, Arbeitern, Bürgern, verbleibenden und gegen hohen Sold neu geworbenen Soldaten, auch den heimgeschickten deutschen Matrosen Stadt- und Volkswachen und Bahnhofswachen gebildet wurden, zu einem sehr großen Teil aber der opferwilligen Tatkraft der deutschen Eisenbahner. Während diese für möglichst raschen Abtransport sorgten — der Privatverkehr war so gut wie ganz eingestellt — führten die Bahnhofswachen die Entwaffnung und (nach dem Vorbild der anderen Völker, aber mit größerer Zurückhaltung und ohne Koheiten) die Beschlagnahme des Materials und des Übermaßes mitgeschleppter Lebensmittel und anderer Vorräte durch. Dieses entschlossene Vorgehen bewirkte, daß da und dort Vereinbarungen mit den Nachbarn über gegenseitigen Durchzug erzielt wurden. Nachdem so die plötzliche Gefahr vorübergegangen war, wurde die Neuaufstellung von Volkswehren systematischer durchgeführt. Aber sie sind zu schwach, um wirklichen feindlichen Einfällen erfolgreich zu widerstehen, auch unzuverlässige Elemente fanden anfangs in sie Eingang und gegen den Willen der Regierung bildete und erhielt sich in Wien eine Rote Garde; der mißlungene Putschversuch gegen die Nationalversammlung bildete eine häßliche Begleitererscheinung bei der Ausrufung der neuen Republik. Deutschböhmen konnte keinen Widerstand gegen die meisten tschechischen Einbrüche wagen. In Südmähren hat nur Znaim eine leidlich zureichende Verteidigungstruppe organisieren können. In den Sudetenländern, wie im Süden mußten große deutsche

Sprachinseln (Brünn, Olmütz, Marburg und so weiter) und Randgebiete preisgegeben werden. Eine Zeitlang hatte man — wie in Tirol beim Einmarsche der Bayern — auch in Böhmen hoffen dürfen, daß das Deutsche Reich den Verteidigungskampf aufnehmen und die Grenzgebiete besetzen und schützen werde, und selbst in den Alpenländern begann man Freiwillige für diesen Kampf des Gesamtdeutschtums zu werben, von dem wir eine Verbesserung der Waffenstillstandsbedingungen erhofften. Aber das kam anders.

All diese Tumulte wirkten auf die in den Grenzboten Nr. 47 erwähnten Verhandlungen mit den Slawen vielfach störend ein. Lage und Ausichten haben sich aber auch durch das Vorgehen der Italiener nicht unwesentlich verändert. Dazu kommt noch, daß innerhalb der Jugoslawia nicht nur die Meinungsunterschiede über Staatsform und gegebenenfalls Herrscherhaus, sondern auch die Gegensätze zwischen Serben, Kroaten und Slowenen allmählich schärfer hervortreten. Die Abwehr der italienischen weitgehenden Ansprüche, aber auch die zunehmend aggressive Haltung gegen Ungarn und Deutschösterreich, bei der auch der Einfluß der Tschechen und jener der leidenschaftlichen, tätigen und geschickten Serben eine große Rolle spielt, verschleiern diese inneren Gegensätze und werden wohl auch um so gescheitlicher betont, um sie zu verschleiern und zur Ruhe kommen zu lassen. Aber die Stellung der kroatischen republikanischen Bauernpartei unter Nadic und der Sozialdemokratie läßt sie deutlich erkennen. Triest und Fiume dürften weder den Südslawen verbleiben, noch jene unmittelbare Selbständigkeit erlangen, für welche die Triester Sozialdemokratie noch vor kurzem eintrat. Werden sie italienisch, so kann die Jugoslawia sie von ihrem deutschen und ungarischen Hinterland absperrern, und wird dies vielleicht in der Hitze der Erregung alsbald versuchen. Das gemeinsame Interesse zwischen Südslawen und Deutschösterreichern an den Verkehr dieser Häfen und dem Zugang zu ihnen, in dem eine wichtige Grundlage gegenseitiger Verständigung lag, wird dadurch ausgeschaltet und Deutschösterreich muß sich einen Zugang zur Adria sichern, der nicht in den Händen der Slawen liegt. Mit andern Worten, es muß dahin streben, an einer oder mehreren gut gangbaren Stellen unmittelbar an Italien zu grenzen. Der Besitz von Tarvis und den Zugängen zum Predil und Pontebbe-paß, wo deutsche Sprachinseln von ziemlicher Größe sind, und ihr Zusammenhang mit Villach gewinnt dadurch an Wert. Ist es nicht zu erlangen, so ist es das weitaus kleinere Übel, wenn hier Italien seine wesentlich gesteigerten Ansprüche durchsetzt, als wenn ein — an sich unnatürlich begrenzter — Zipfel slawischen Gebiets auch hier sich zwischen uns und Italien einschleibt und uns nicht nur von Triest, sondern auch von Venedig abriegelt. Wir können also in der Streit zwischen südslawischem und italienischem Größenwahn nicht einseitig auf die eine oder andere Seite treten; wir müssen unsere Unterstützung demjenigen gewähren, der uns dafür mehr bieten kann und mehr gewährleisten will und eine kluge Politik kann uns von beiden Seiten wertvolle Zugeständnisse sichern. Dabei ist nicht zu übersehen, daß außerhalb Tirols kein unbedingter Gegensatz zu Italien besteht, namentlich zu einem republikanischen Italien, das durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Aus Triest sind wir in jedem Fall verdrängt und der Gegensatz zwischen der klerikalen Habsburger- und der Savoyen-Dynastie kommt nicht mehr in Frage. Schwanken wir aber haltlos herum, so verderben wir es mit beiden Teilen und der Gedanke mancher Südslawen, für das Zurückweichen von Italien Ersatz auf unsere Kosten zu finden, kommt zur Verwirklichung. Wir brauchen eine natürlich geschützte Grenze, die auch den Nachbar gegen uns gut sondert und schützt. Die Karnischen Alpen und Karawanken, der dünnbewohnte maldbige Bacher, die verwilderte Drau unterhalb Marburg stellen, je weiter westlich desto ausgesprochenener, eine solche dar, eine Scheide zwischen natürlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebieten. Sie verläuft größtenteils in slowenischem Sprachgebiet, aber jede weiter nördlich gezogene Grenze, selbst die Draulinie oberhalb Marburg, die von den Slowenen immer mehr als Minimalgrenze ihrer Ansprüche bezeichnet wird (früher war es ihr Maximum), würde dem jugoslawischen Staat eine offene, zu Zwistigkeiten führende Begrenzung geben. Sie würde die Deutschen

um die östliche Hälfte der Bahnverbindung Marburg—Billach und um die mit dem geschlossenen Sprachgebiet fest zusammenhängende Marburger Sprachinsel bringen, also das innerösterreichische Bahndreieck zerschneiden. Östlich von Marburg ist keine gute Grenzlinie nördlich der Drau zu finden. Nicht um die Billigkeit würde also hier von den Südslawen, die ohnehin so viel deutschen Volks- und Kulturboden einheimen, ein Zurückweichen hinter ihre Sprachgrenze und den Verzicht auf die Angliederung von Gebieten verlangen, deren slawische Bevölkerung sich mit den Deutschen gut vertrug und in eingewurzelttem Landesparriotismus keine Abtrennung von Steiermark und Kärnten wünsche; auch die kluge Fürsorge für ihr eigenes ruhiges Gedeihen und für ihre nationale Autarkie in einem gutbegrenzten Gebiet weist in der gleichen Richtung. Die Deutschen werden gleichwohl das Ziel, das sie bei den Friedensverhandlungen anstreben müssen, nur durch eine kluge vorsichtige Politik erreichen können, welche Bundesgenossen zu erwerben vermag.

Unsere dringendste Sorge bleibt die um die Ernährung. Von ihrer Beseitigung hängt es ab, ob wir der Anarchie entgehen. Will Wilson, will England, will das von Umsturzbestrebungen am meisten bedrohte Italien wirklich Europa vor Erschütterungen bewahren, die höchstens die wahnwitzige Nachsicht Frankreichs befriedigen mögen, so müssen sie dafür sorgen, daß auch in Deutschösterreich eine Hungersnot hintangestellt wird; drückender Mangel herrscht ja längst schon.



## Das Reformprogramm des preußischen Kultusministeriums

Von Dr. Max Hildebert Boehm



on Humboldt zu Hoffmann! Seltsame Marksteine geschichtlicher „Aufwärtsentwicklung“. Bekanntlich gehört es in wahrhaft fortschrittlichen Kreisen zum guten Ton, dem alten preußischen Privilegienstaat seine reaktionäre Verhärtung dauernd vor Augen zu halten, während sich Bethmann Hollweg ungemein modern vorkam, als er das im Grunde so triviale Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ prägte. Wir wollen die Aussichten, die sich für uns an die neuen Gewalthaber knüpfen, nicht verallgemeinernd an den eben genannten zwei Namen messen. Der Zehn-Gebote-Hoffmann als Kultusminister: das ist einer jener Wize, mit denen uns die Weltgeschichte wie ein guter Zahnarzt über die Schmerzen des Zahnziehens hinweghelfen will. Und wir wollen auch nicht ungerecht sein: von Humboldt zu Trotz zu Solz oder Schmidt, — das bleibt im Rahmen des alten Regimes und zeigt doch auch einen traurigen Verfall, beweist recht schlagend, wie kläglich die wilhelminische Ära die herrlichen Möglichkeiten genutzt hat, die die Freiheit der Ministerwahl dem keinem Parlament versklavten Monarchen in die Hände legte. Mit Konrad Hänisch aber ist nicht einer jener geistigen Anonymi ins Kultusministerium eingerückt, wie wir sie seit langem an diesem wichtigen Posten sahen, sondern ein in öffentlicher Wirksamkeit bewährter Schriftsteller, ein maßvoller geradgewachsener Politiker, ein frischer und heller Kopf greift bei der Neuordnung der preußischen Staatskultur mit an, zu dessen Umsicht und Besonnenheit auch diejenigen Zutrauen haben können, die nicht auf dem Parteiboden des Sozialismus in seiner spezifisch marxistischen Zuspitzung stehen.

Man kann wohl sagen, daß keines der Ämter seit der Revolution soviel von sich hat reden machen, wie gerade das Kultusministerium. Zum großen Teil